

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	19
1. Kapitel Das Sach- oder Naturalleistungsprinzip in der deutschen GKV	21
A) Grundsätze des Sachleistungsprinzips	21
B) Durchbrechungen des Sachleistungsprinzips in der GKV	31
I) Der Unterschied zwischen Sachleistungs- und Kostenerstattungsprinzip	31
II) § 13 SGB V	32
1) Die Entwicklung des Wahlrechts zwischen Sachleistungen und Kostenerstattung	32
2) Kostenerstattung bei „Unaufschiebbarkeit“	35
3) Unrechtmäßige Leistungsablehnung	36
4) Kostenerstattung nach einer Krankenbehandlung im Ausland	37
III) Festbetrags- und Selbstbeteiligungsregelungen als Fälle der Kostenerstattung?	38
C) Überlegungen zur „Festlegung auf den vorgegebenen Beschaffungsweg“	39
D) Zwischenergebnis zum Sachleistungsprinzip in der GKV	41
2. Kapitel Das Sachleistungsprinzip unter der Geltung der Grundfreiheiten	43
A) Der Anwendungsbereich der Grundfreiheiten	43
I) Bereichsausnahme „soziale Sicherheit“	43
1) Versuch einer Begriffsbestimmung	44
2) Existenz einer Bereichsausnahme der sozialen Sicherheit	46
a) Konzeption des Vertrages	46
aa) Art. 42 Abs. 1 EGV	46
bb) Art. 137 Abs. 1 lit. c), 140 Abs. 1 Spiegelstrich 4 EGV	46
cc) Art. 152 EGV	50

dd)	Weitere Vorschriften mit Bezug zur sozialen Sicherheit oder zur Gesundheit	52
ee)	Allgemeine Vertragsbestimmungen	53
ff)	Ergebnis zur Konzeption des Vertrages	56
b)	Behandlung vermeintlicher Bereichsausnahmen in der Rechtsprechung des EuGH	58
c)	Völkerrechtliche Bindung an den Willen der Mitgliedstaaten?	59
d)	Trennung von Leistungsrecht und Leistungserbringungsrecht	61
3)	Ergebnis zur Bereichsausnahme der sozialen Sicherheit	70
II)	Anwendungsbereich der Grundfreiheiten neben der VO (EG) Nr. 883/2004	70
1)	Überblick über die VO (EG) Nr. 883/2004	70
a)	Notwendigkeit eines koordinierenden Sozialrechts	70
b)	Strukturprinzipien des Koordinationsrechts	73
c)	Leistungsinanspruchnahme bei nur vorübergehendem Auslandsaufenthalt	74
2)	Das Verhältnis zwischen den Grundfreiheiten und der VO (EG) Nr. 883/2004	79
a)	Einleitender Überblick zur Judikatur des EuGH	79
b)	Versuch einer Erläuterung der Judikatur des EuGH	81
aa)	Das nationale Recht als Ausgangspunkt	81
bb)	Art. 20 VO (EG) Nr. 883/2004 als Prüfungsmaßstab	82
cc)	Die Grundfreiheiten als Prüfungsmaßstab	85
c)	Ergebnis zum Konzept des EuGH	90
3)	Kritik am Konzept des Gerichtshofs	92
a)	Art. 20 VO (EG) Nr. 883/2004 abschließend?	92
b)	Gemeinschaftsrechtskonformität von Art. 20 VO (EG) Nr. 883/2004	94
aa)	Verstoß gegen die Grundfreiheiten?	94
bb)	Fehlen einer Rechtsgrundlage für Art. 20 VO (EG) Nr. 883/2004	97
(1)	Art. 42 EGV	98
(2)	Art. 308 EGV	101
(3)	Heranziehung von möglichen Rechtsgrundlagen ohne ausdrückliche Bezugnahme in der VO (EG) Nr. 883/2004?	102
cc)	Ergebnis zur Gemeinschaftsrechtskonformität	102
c)	Beanspruchung fiktiver Behandlungskosten nach der <i>Vanbraekel</i> -Rechtsprechung?	103
d)	Stellungnahme und Zurückführung auf das Problem der Grundfreiheitendogmatik	108
4)	Ergebnis zum Verhältnis zwischen der VO (EG) Nr. 883/2004 und den Grundfreiheiten	112

III)	Ergebnis zur Anwendbarkeit der Grundfreiheiten	112
B)	Das Sachleistungsprinzip im Lichte der (passiven) Dienstleistungsfreiheit	113
I)	Die Abgrenzung zur Warenverkehrsfreiheit	113
II)	Der grenzüberschreitende Bezug	115
III)	Sachleistungen als Dienstleistungen im Sinne des EG-Vertrages	117
1)	Relevanz des Problems im konkreten Fall	117
2)	Unabhängigkeit der Grundfreiheiten von den jeweiligen Sicherungssystemen?	119
3)	Einführung in den Dienstleistungsbegriff des Art. 50 EGV	121
4)	Das Entgelterfordernis bei „kostenlos“ erbrachten Naturalleistungen	121
a)	Das Entgelterfordernis in Rechtsprechung und Literatur	121
aa)	Beliebigkeit des Entgelterfordernisses?	121
bb)	Der Bezug zur Teilnahme am Wirtschaftsleben im Sinne von Art. 2 EGV	122
cc)	Das Entgelt als wirtschaftliche Gegenleistung	123
dd)	Die Loslösung von der Finanzierung und die Einbeziehung des Entgeltzwecks	124
ee)	Zwischenergebnis zum Entgelterfordernis	125
b)	Das Dreiecksverhältnis und die Pauschalvergütung	126
c)	Der Zweck der Sachleistungserbringung	128
5)	Ergebnis zur Dienstleistungseigenschaft von Naturalleistungen	130
IV)	Ausübung öffentlicher Gewalt nach Art. 45 EGV	130
V)	Materiell-rechtliche Vorgaben der Dienstleistungsfreiheit	133
1)	Tatbestandlicher Gewährleistungsumfang	133
a)	Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot	133
b)	Das Problem der mittelbaren Diskriminierungen im Hinblick auf die Rechtfertigung	135
c)	Der Anknüpfungspunkt für die Feststellung einer Diskriminierung	136
d)	Das Zusammentreffen verschiedener Eingriffsformen	137
e)	Zwischenergebnis	138
f)	Einschränkungen des tatbestandlichen Gewährleistungsinhalts	139
aa)	Unterschiedliche Behandlung in Bezug auf Regelungen des Herkunftslandes?	139
bb)	Übertragung der <i>Keck</i> -Rechtsprechung auf die Dienstleistungsfreiheit?	144
cc)	Zurückführung der Grundfreiheiten auf reine Diskriminierungsverbote?	148
dd)	Zwischenergebnis zu den Einschränkungen auf Tatbestandsebene	152
2)	Möglichkeiten der Rechtfertigung auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit	153

a)	Die Rechtfertigung im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit	153
b)	Die verschiedenen Eingriffsformen und ihre Rechtfertigung	154
c)	Das Nichtanerkennen rein wirtschaftlicher Gründe	160
d)	Rechtfertigungsgründe mit Bezug zur sozialen Sicherheit	161
aa)	Der Rechtfertigungsgrund der öffentlichen Gesundheit nach Art. 46 EGV	161
(1)	Die Sicherung der Qualität	161
(2)	Die Versorgungssituation	165
bb)	Das finanzielle Gleichgewicht der sozialen Sicherungssysteme	168
(1)	Versuch einer dogmatischen Einordnung	169
(2)	Die Aufgabe der Abgrenzung zwischen den Rechtfertigungsgründen des EGV und den zwingenden Erfordernissen	171
(3)	Die Gefährdung des finanziellen Gleichgewichts als „nichtwirtschaftlicher“ Rechtfertigungsgrund	173
cc)	Die Besonderheiten des sozialen Sicherungssystems als Rechtfertigungsgrund?	175
(1)	Der Anknüpfungspunkt in der Judikatur des EuGH	175
(2)	Die Strukturprinzipien als Bestandteil der öffentlichen Ordnung	177
3)	Verhältnismäßigkeit	180
VI)	Gesetzliche Ausprägungen des Sachleistungsprinzips im Lichte der passiven Dienstleistungsfreiheit	182
1)	Das Zustimmungserfordernis als Ausprägung des Sachleistungsprinzips	183
a)	Das Zustimmungserfordernis in der <i>Kohll-/Decker</i> -Rechtsprechung	184
aa)	Darstellung der luxemburgischen Rechtslage	184
bb)	Diskriminierung oder Beschränkung im Sinne von Art. 49 EGV	184
cc)	Zwischenergebnis	188
dd)	Die Rechtfertigung des Zustimmungserfordernisses nach <i>Kohll/Decker</i>	189
b)	Das Zustimmungserfordernis in der deutschen GKV	191
aa)	Darstellung der Rechtslage – vom allgemeinen Grundsatz des Kostenerstattungsrechts zur implementierten EuGH-Rechtsprechung	191
bb)	Diskriminierung oder Beschränkung im Sinne von Art. 49 EGV	194
cc)	Zwischenergebnis	196
dd)	Die Rechtfertigung des Zustimmungserfordernisses	196
(1)	Rechtfertigung aus Gründen des Gesundheitsschutzes	196

(2) Das Zustimmungserfordernis als Bestandteil der öffentlichen Ordnung?	199
c) Zwischenergebnis zum Zustimmungserfordernis in der deutschen GKV	202
d) Die Besonderheiten der stationären Versorgung	202
aa) Die Unterscheidung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung in der Judikatur des EuGH	203
bb) Die Schwierigkeit der Trennung der Versorgungssysteme	204
cc) Die Schlüssigkeit der Unterscheidung	207
dd) Ergebnis zur Unterscheidung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung	210
2) Der Vorrang der vertraglichen Leistungserbringung	210
a) Die Rechtfertigung des Vorrangs aus Gründen des Gesundheitsschutzes	211
aa) Der Unterschied zwischen dem Vorrang der Inlandsbehandlung und dem Vorrang der vertraglichen Leistungserbringung	211
bb) Rückschlüsse für § 13 Abs. 5 Satz 2 SGB V	212
cc) Der Vertragspartnerstatus als diskriminierendes Merkmal	213
b) Die Rechtfertigung des Vorrangs aus Gründen der öffentlichen Ordnung	214
c) Zwischenergebnis zum Vorrang der vertraglichen Leistungserbringung	216
3) Exkurs: Der Richtlinienentwurf der Kommission über Dienstleistungen im Binnenmarkt	216
a) Überblick über den Inhalt des Richtlinienentwurfs	216
b) Rechtsgrundlage der Richtlinie	218
c) Ergebnis zum Richtlinienentwurf	221
4) Die finanziellen Auswirkungen der ambulanten Behandlung im EU-Ausland	222
a) Die Argumentation von EuGH, Generalanwalt und BSG	222
b) Berechnungsarten und Anrechnungsmöglichkeiten bei der Gesamtvergütung	225
c) Zur Erfüllbarkeit der Forderung des § 13 Abs. 4 Satz 3 SGB V	227
5) Überlegungen zur Angebotsverknappung in einem Gemeinsamen Markt	229
a) Angebotsverknappungen am Beispiel der Wartelisten	229
b) Vergleich mit Art. 20 Abs. 2 Satz 2 VO (EG) Nr. 883/2004	234
c) Das Merkmal der „Rechtzeitigkeit“ in § 13 Abs. 5 Satz 2 SGB V	235
d) Ergebnis zur Angebotsverknappung am Beispiel der Wartelisten	237

6)	Die Zugehörigkeit zum nationalen Leistungskatalog	238
	a) Die Bedeutung des Leistungskataloges für das Sachleistungsprinzip	238
	b) Die Unterschiedlichkeit der nationalen Leistungskataloge als Problem des Gemeinschaftsrechts	239
	c) Inhaltliche Vorgaben an den Leistungskatalog – die Rechtssache <i>Duphar</i>	243
	aa) Das Gebot der Verwendung nichtdiskriminierender Kriterien	243
	bb) Dogmatische Unzulänglichkeiten des <i>Duphar</i> -Urteils	245
	d) Der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung	246
	aa) Der allgemein anerkannte Stand der medizinischen Erkenntnisse	246
	bb) Harmonisierungsdruck und Harmonisierungsdiskussion	250
	cc) Die Notwendigkeit der Leistung und das Wirtschaftlichkeitsgebot allgemein	251
	e) Zwischenergebnis zum Leistungskatalog	252
7)	Besteht ein gemeinschaftsweites Recht auf „freie Arztwahl“?	252
8)	Die Festlegung des Erstattungsumfangs	254
	a) Zur Zulässigkeit von Abschlägen bei einer Auslandsbehandlung	254
	aa) Die Abschlagsregelung als Eingriff in die Dienstleistungsfreiheit	255
	bb) Rechtfertigung der Abschlagsregelung	257
	b) Unterschiedliche Erstattungssätze und die <i>Vanbraekel</i> -Entscheidung	259
	c) Erstattung in voller Höhe nach § 13 Abs. 4 Satz 6 SGB V	260
	d) Höhere Behandlungskosten im Ausland bei gleicher pauschaler Erstattung	263
	e) Anspruch der Leistungserbringer auf den inländischen Vertragssatz?	265
	aa) Bindung an das Diskriminierungsverbot trotz Kostenerstattung?	265
	bb) Die Bindung der Leistungserbringer an das Diskriminierungsverbot	266
	(1) Allgemeine Überlegungen	266
	(2) Behandlung von EU-Ausländern in der Bundesrepublik	269
	(a) Zur Zulässigkeit individueller Vergütungsvereinbarungen	270
	(b) Die Bildung der Vergleichsgruppen bei Geltung des Diskriminierungsverbots	271
	(c) Die Umlage des steuerfinanzierten Anteils	273

(d) Zwischenergebnis zur Behandlung von EU-Ausländern in der Bundesrepublik	276
(3) Zwischenergebnis zur Bindung der Leistungserbringer an das Diskriminierungsverbot	277
cc) Zwischenergebnis zum Anspruch auf den inländischen Vertragssatz	277
f) Zwischenergebnis zur Festlegung des Erstattungsumfangs	277
9) Zur Möglichkeit grenzüberschreitender Vertragsgestaltungen	278
a) Verpflichtung zur grenzüberschreitenden Ausdehnung des Sachleistungsprinzips?	278
b) Befugnis zur grenzüberschreitenden Ausdehnung des Sachleistungsprinzips	280
aa) Gesetzliche Grundlage in Deutschland	280
bb) Die Auswahl der Vertragspartner	282
cc) Ergebnis zur Auswahl der Vertragspartner	286
c) Ergebnis zur Möglichkeit grenzüberschreitender Vertragsgestaltungen	286
10) Möglichkeiten der Qualitätssicherung	287
a) Allgemeine Vorgaben	287
b) Die Situation in der Bundesrepublik	288
VII) Zusammenfassung zum Sachleistungsprinzip unter der Geltung der passiven Dienstleistungsfreiheit	289
C) Partizipationsmöglichkeiten der Leistungserbringer auf der Grundlage der Grundfreiheiten und des dazugehörigen Sekundärrechts	290
I) Beteiligung mit Einbindung in das Sachleistungssystem	291
1) Durch ausländische Leistungserbringer im Inland	291
a) Gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen und Diplomen	291
b) Zulassungsbeschränkungen in der GKV	292
c) Weitere Beschränkungen des Leistungserbringungsrechts	295
2) Beteiligung durch ausländische Leistungserbringer im Ausland	297
3) Zwischenergebnis zur Einbindung in das Sachleistungssystem	297
II) Beteiligung auf der Grundlage von Art. 17 f. RL 93/16/EWG	298
III) Beteiligung ohne Einbindung in das Sachleistungssystem	299
1) Behandlung im Mitgliedstaat des Versicherten	299
2) Behandlung im Mitgliedstaat des Leistungserbringers	301
a) Begrenzung auf im Erbringungsstaat zugelassene Leistungserbringer?	302
b) Das Problem der Umgehung nationaler Steuerungsmechanismen	304
aa) Die Missbrauchsgefahr in der Praxis – die Vorlagefrage des BSG im Verfahren <i>Bautz</i>	305
bb) Der Missbrauch in der Judikatur des Gerichtshofs	306
cc) Rückschlüsse auf den Vorlagebeschluss des BSG	309

	dd) Handlungsmöglichkeiten bei vermutetem Missbrauch	310
	IV) Ergebnis zu den Partizipationsmöglichkeiten der Leistungserbringer	315
D)	Einige Überlegungen zum Problem der Inländerdiskriminierung	315
3. Kapitel	Das Sachleistungsprinzip unter der Geltung des europäischen Wettbewerbsrechts	321
A)	Die soziale Sicherheit und das europäische Wettbewerbsrecht	322
B)	Die wettbewerbsrechtlichen Vorgaben für das Sachleistungsprinzip	330
	I) Bisherige Rechtsprechung zur GKV – insbesondere die Festbetragsregelungen	331
	II) Die Bedarfszulassung	332
	III) Das Kollektivvertragswesen am Beispiel der Gesamtvergütung	333
	1) Die wettbewerbsrechtliche Problematik der Gesamtvergütung	333
	2) Die gesetzliche Anordnung der Gesamtvergütungsvereinbarung	334
	3) Die relevante Tätigkeit zur Bestimmung der Unternehmenseigenschaft	335
	4) Das Anbieten von Krankenversicherungsleistungen als wirtschaftliche Tätigkeit	336
	IV) Zwischenergebnis zur Unternehmenseigenschaft	341
	V) Schlussfolgerungen für die gemeinsame Selbstverwaltung im Allgemeinen	341
C)	Zusammenfassung zum Sachleistungsprinzip in der Wettbewerbsordnung	341
4. Kapitel	Die Abkehr vom Normativen – Überblick über die so genannte „offene Methode der Koordinierung“	343
5. Kapitel	Zusammenfassende Überlegungen zur Stellung des Sachleistungsprinzip in der Gemeinschaftsrechtsordnung	351
Synopse		356
Literaturverzeichnis		359